13. Dezember 1976: Sitzung der Landesgruppe

ACSP, LG 1976: 27. Überschrift: »Protokoll über die Sitzung der CSU-Landesgruppe vom 13. 12. 1976«. Beginn: 15.10–16.30 Uhr. Vorsitz: Zimmermann.

Anwesend: Althammer, Becher, Biehle, Bötsch, Dollinger, Engelsberger, Fuchs, Geisenhofer, Gerlach, Gierenstein, Glos, Haberl, Hartmann, Höffkes, Höpfinger, Hösl, Graf Huyn, Jaeger, Jobst, Kiechle, Klein, Kraus, Kreile, Krone-Appuhn, Lemmrich, Lintner, Niegel, Probst, Rainer, Regenspurger, Riedl, Röhner, Schleicher, Schmidhuber, Schneider, Spilker, Spranger, Starke, Graf von Stauffenberg, Strauß, Stücklen, Voss, Waigel, Wittmann, Ziegler, Zimmermann.

Sitzungsverlauf:

A. Geschäftliche Mitteilungen des Landesgruppenvorsitzenden *Zimmermann*.

B. Bericht des Landesvorsitzenden *Strauß* über die Verhandlungen mit der CDU.

C. Allgemeine Aussprache.

[A.]

Der Vorsitzende Dr. **Zimmermann**, MdB, eröffnet die Sitzung mit einem Dank an die Landesgruppe für das Vertrauen, das sie den Delegationen entgegengebracht hat. Einen weiteren Dank spricht er allen Abgeordneten aus für ihren persönlichen Einsatz innerhalb des Wahlkreises seit den Beschlüssen von Kreuth[[1]](#footnote-1). Der besondere Dank gilt auch Franz Josef *Strauß*.

Dr. *Zimmermann* appelliert an alle Abgeordneten, weiterhin mit [Mut][[2]](#footnote-2), Zuversicht, Umsicht, Energie, Fleiß, Intelligenz und gegenseitigem Vertrauen die weitere Arbeit zu leisten.

Dr. *Zimmermann* bittet sodann Dr. *Strauß*, einen Bericht über den Gang der Verhandlungen zu geben.

[B.]

Dr. **Strauß**, MdB, setzt den Beschluß als bekannt voraus.[[3]](#footnote-3) Er führt weiter aus, daß ihm seit Donnerstag[[4]](#footnote-4) klargeworden ist, wer in der CDU die Spaltung will. Dies seien die Linken. Links solle jedoch nicht mit sozial verwechselt werden. Die Linken haben sich von einer Spaltung mehr Operationsfreiheit erhofft. Durch die Verhandlungen habe man erreicht, daß die CSU-Landesgruppe ihre eigenen Initiativen besser entfalten kann und ihre eigenen Anträge einbringen, selbst vertreten und auch selbst darüber abstimmen kann. Sie wird dadurch in der Fraktion eine stärkere Stellung erhalten. Insgesamt sei das CSU-Papier vom Donnerstag in der Substanz angenommen worden, man habe es nur teilweise anders formuliert.

Zum Problem Präsident des Bundestages sagt Dr. *Strauß*, daß er gehört habe, daß die SPD die Fraktionsvereinbarung[[5]](#footnote-5) anzweifeln will, um Frau *Renger* zu retten.[[6]](#footnote-6) Die FDP habe jedoch bereits zu verstehen gegeben, daß sie die Vereinbarung anerkennt. Somit dürfte gesichert sein, daß die CDU/CSU-Fraktion den Präsidenten stellen wird.

Durch die Fraktionsvereinbarung habe man erreicht, daß nunmehr der Fraktionsvorsitzende einen echten Stellvertreter hat. Diesen Stellvertreter wird die CSU stellen. Die Fraktionsvereinbarungen sind insgesamt gesehen ein Vertrag zwischen der Gruppe der CDU und der Gruppe der CSU. Durch diesen Vertrag stelle man jetzt nicht mehr einen der acht Stellvertreter, sondern den Stellvertreter. Dazu wird die CSU einen weiteren Stellvertreter bestellen.

Zu den Arbeitskreisen sagt Dr. *Strauß*, daß man sich darauf geeinigt habe, daß Herr *Häfele* den Arbeitskreis III[[7]](#footnote-7) bekommen wird. Dr. *Dollinger* soll den Arbeitskreis II Wirtschaft nehmen. Er selbst sei bereit, finanzpolitischer Sprecher zu sein.

Über das Wahlprogramm ’76[[8]](#footnote-8) sei es noch zu sehr harten Auseinandersetzungen gekommen. Dabei äußert sich Dr. *Strauß* über Prof. *Biedenkopf* und seine Mannheimer Rede.[[9]](#footnote-9) Er habe ihn jedoch davon überzeugen können, daß man heute sehr schlecht dastehen würde, wenn man im Wahlprogramm noch Zusagen gemacht hätte, die nicht haltbar seien.

Auch zum Punkt 2 hätte es längere Diskussionen gegeben. Dabei wären auch die Äuße­rungen von Herrn *Albrecht*, die er in Polen gegeben hat, zur Sprache gekommen.[[10]](#footnote-10) Dr. *Strauß* vertrat die Ansicht, daß man unter den derzeitigen Umständen nicht nach Polen als Staatsbesucher fahren dürfe. Man müsse jetzt diesen Konflikt mit *Albrecht* austragen, um das Gesicht nicht zu verlieren. Aus diesem Grunde müsse man auch in Zukunft aufs schärfste darauf achten, daß es von seiten der CDU nicht nur bei Erklärungen bleibt, wenn es um strittige Fragen geht. Dr. *Strauß* führt zu Niedersachsen weiter aus, daß dort schon bald wieder eine SPD-Regierung sei, wenn *Albrecht* weiter dort seine Politik auf diese Weise vertreten würde.[[11]](#footnote-11) Man müsse sich doch im klaren sein, daß die FDP, nur um der SPD/FDP-Koalition auch im Bundesrat eine Mehrheit zu bringen, eine Koalition mit CDU eingeht.

In seinen weiteren Ausführungen ging Dr. *Strauß* auch auf die Wahl von *Brandt* zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale ein.[[12]](#footnote-12) Er erklärt, daß die Kommunisten die natürlichen Partner der Sozialisten seien. Die Scheinabsage an die Euro-Kommunisten sei doch nur ein taktisches Manöver von *Brandt*. Man müsse alles tun, um einen Bruch in der Wählerschaft dieser Parteien zu erreichen.

Zur Jungen Union Rheinland, von denen sich Teile für eine Kooperation mit den Jusos ausgesprochen haben, erklärt Dr. *Strauß*, daß dies nicht zuletzt die Ursache für die nahe Wahlniederlage sei. Würde man sich von diesen Elementen trennen, würde evtl. die FDP unter die 5 %-Klausel rutschen.

Über den Weg der zukünftigen Politik, führt Dr. *Strauß* weiter aus, müßte man wieder eine eingehende Unterhaltung möglich machen, evtl. so wie in Kreuth, da man mindestens einen ganzen Tag dazu benötigt.

Gerade jetzt, wo die Regierung in einem so schrecklichen Zustand sei, müsse jedem bewußt werden, wo der eigentliche Kampfplatz der Politik liegt, nämlich nicht zwischen CDU und CSU, sondern zur SPD. Dazu müßte jedoch die CDU ein besserer Partner werden.

In seinen weiteren Ausführungen geht Dr. *Strauß* nochmals auf die Indiskretionen bei Sitzungen ein. Insbesondere erinnert er an die Tonbandveröffentlichungen aus seiner Rede bei der Jungen Union.[[13]](#footnote-13)

Anschließend bedankt sich Dr. *Strauß* nochmals bei der Landesgruppe für ihr Vertrauen und bittet dabei Herrn Dr. *Jaeger*, in Zukunft, wenn er anderer Meinung sei, dies nicht in der Öffentlichkeit breitzutreten, denn er habe dadurch viele Freunde verloren. Sein Auftritt in der Öffentlichkeit habe ihn tief getroffen.

[C.]

Dr. **Zimmermann** bedankt sich bei Dr. *Strauß* und führt aus, daß er keine weiteren Erläuterungen zu den Verhandlungen geben müsse, da Dr. *Strauß* bereits alles gesagt habe. Man könne zur Abstimmung über die Vereinbarung kommen, sofern keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Wortmeldungen: Dr. *Jaeger*.

Dr. **Jaeger** MdB führt aus, daß er für das Protokoll darauf hinweisen möchte, daß er den Abmachungen zustimmen wird. Durch die Abmachungen wird die Position der CSU innerhalb der CDU/CSU-Fraktion gegenüber der 7. Legislaturperiode verstärkt.

Weiter geht er auf die Ausführungen von Dr. *Strauß* ein. Er sagt, daß er ihn nicht angreifen wollte, sondern daß er nur seinen Standpunkt vertreten habe. Für den Fall, daß er ihn persönlich getroffen habe, bitte er um Entschuldigung.

Herr Dr. **Becher** MdB erklärt, daß man nunmehr versuchen solle, alle Gegensätze innerhalb der CSU abzubauen. Er persönlich habe die Austragung der verschiedenen Gegensätze vor der Öffentlichkeit sehr bedauert. Außerdem beantragt er, daß man nunmehr überlegen solle, ob man nicht die CSU-Landesgruppe »Fraktionsgruppe der CDU/CSU« nennen soll. Zu den Vorgängen in Niedersachsen verlangt Dr. *Becher*, daß man von der CDU eine klare Aussage des Parteivorstandes verlangen soll.

Der Vorsitzende Dr. **Zimmermann** erklärt, daß innerhalb der CDU über *Albrecht* nur eine Verärgerung festzustellen gewesen sei. Erst auf seinen Appell hin habe man ihm zugesichert, daß *Albrecht* sich heute rechtfertigen muß.

Dr. *Zimmermann* schlägt weiter vor, über eine Namensänderung heute nicht zu diskutieren, sondern dieses Thema auf Januar zu verschieben.

Herr **Höpfinger** MdB stellt an Dr. *Strauß* die Frage, ob es nicht wieder zu einem Zueinander zu Dr. *Merk*[[14]](#footnote-14) kommen kann.

Dr. **Zimmermann** führt aus, daß dieses Kapitel sich von selbst abschließt, wenn Bruno *Merk* Präsident des Bayerischen Giro- und Sparkassenverbandes wird.[[15]](#footnote-15) Auf die Frage an Dr. *Zimmermann*, ob man nicht noch mal die ganzen Vorgänge der letzten Wochen in einem »Bonner Brief« zusammenfassen könnte, gibt Dr. *Zimmermann* sein Einverständnis und bittet Herrn *Härdtl*, den Auftrag an Herrn *Richarts* weiterzugeben.[[16]](#footnote-16)

Zur bevorstehenden Abstimmung sagt Dr. *Zimmermann*, daß man mit dem Papier den Kreuther Beschluß nicht aufhebt, sondern ihn überlagert.

Bei der Abstimmung wird die Vereinbarung von CDU und CSU über die Grundlagen der politischen Zusammenarbeit während der Legislaturperiode im 8. Deutschen Bundestag einstimmig bei 3 Enthaltungen angenommen.

Der Parlamentarische Geschäftsführer **Röhner** MdB weist darauf hin, daß um 19.00 Uhr eine gemeinsame Fraktionssitzung sei.[[17]](#footnote-17) Außerdem erklärt er nochmals die Tagesordnung der nächsten Tage. Er macht darauf aufmerksam, daß am Freitag der erste Durchgang der Debatte über die Regierungserklärung sei und um 16.00–17.00 Uhr endet.[[18]](#footnote-18) Die Fortsetzung der Debatte wird in der ersten Sitzungswoche im Januar stattfinden.

Zur Ausschußbesetzung sagt Herr *Röhner* MdB, daß erst Mittwochmittag geklärt wird, wie viele Ausschüsse es geben wird, ob eine Aufteilung nach d’Hondt oder Niemeyer stattfinden wird.

Herr **Kiechle** macht darauf aufmerksam, daß man bei den bevorstehenden Debatten vollzählig vertreten sein sollte. Herr **Stücklen** unterstützt dieses Vorbringen.

1. Zur Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth am 18./19. November 1976 vgl. die Aufzeichnungen Theo *Waigels* und Wighard *Härdtls*, die Rede Richard *Jaegers* vom 19. November 1976 sowie das Schreiben an die Parteimitglieder vom 22. November 1976. Vgl. auch die Aufzeichnungen Theo *Waigels* im Anhang E. [↑](#footnote-ref-1)
2. In der Vorlage handschriftlich verbessert aus: »Macht«. [↑](#footnote-ref-2)
3. Am 12. Dezember 1976 einigten sich die Parteivorsitzenden *Kohl* (CDU) und *Strauß* (CSU) auf die Wiederherstellung der Fraktionsgemeinschaft im Deutschen Bundestag. Vgl. Europa-Archiv 1976, S. Z 2. [↑](#footnote-ref-3)
4. Vgl. die gemeinsame Sitzung des Landesvorstandes und der Landesgruppe am 9. Dezember 1976. Vgl. dazu auch den Artikel »*Strauß* bietet Rückkehr zur Fraktionsgemeinschaft an«; »Süddeutsche Zeitung« vom 10. Dezember 1976, S. 1 f. [↑](#footnote-ref-4)
5. Zur Vereinbarung über die Fortführung der Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU für die 8. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages und zur Vereinbarung von CDU und CSU über die Grundlagen der politischen Zusammenarbeit während der Legislaturperiode im 8. Deutschen Bundestag vom 13. Dezember 1976 vgl. Anhang C. Vgl. auch Parteien-Jahrbuch 1976, S. 424–426. [↑](#footnote-ref-5)
6. Am 14. Dezember 1976 wurde der bisherige Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Karl *Carstens*, zum Bundestagspräsidenten gewählt. Vgl. BT Plenarprotokoll 08/1, S. 3 f. – Annemarie *Renger* (SPD) war von 1972 bis 1976 Präsidentin des Deutschen Bundestages. [↑](#footnote-ref-6)
7. Haushalt, Steuern, Geld und Kredit. [↑](#footnote-ref-7)
8. Zum Wahlprogramm der CDU und CSU von 1976 vgl. Parteien-Jahrbuch 1976, S. 330–390. [↑](#footnote-ref-8)
9. CDU-Generalsekretär *Biedenkopf* rückte in seiner Rede auf dem CDU-Parteitag in Mannheim am 24. Juni 1975 die Frage der sozialen Gerechtigkeit, die »Neue Soziale Frage«, in den Mittelpunkt. Zur Rede *Biedenkopfs* auf dem 23. Bundesparteitag der CDU in Mannheim vom 23. bis 25. Juni 1975 vgl. »Union in Deutschland«, Nr. 26/27 vom 27. Juni 1975, S. 57–69. [↑](#footnote-ref-9)
10. Der niedersächsische Ministerpräsident *Albrecht* (CDU) berichtete in der Sitzung der CDU-Fraktion am 13. Dezember 1976 über seine Polenreise und die damit verbundenen Pressemeldungen. So habe ein Korrespondent des Axel-Springer-Inlandsdienstes behauptet, er, *Albrecht*, »hätte in Warschau vor Journalisten über eine Neuorientierung der Ostpolitik der CDU gesprochen, 2. ich hätte gesagt, diese Position, diese Politik sei mit Franz Josef *Strauß* nicht zu führen und 3. ich hätte der Meinung Ausdruck gegeben, wir hätten aufschließen müssen zur SPD, FDP hin in Sachen Ostpolitik. Alles drei ist frei erfunden! Das, was ich gesagt habe, ist im Gegenteil, daß wir eine völlige Konstanz unserer Ostpolitik seit vielen Jahren haben, ausgehend von Ludwig *Erhards* Regierung mit Gerhard *Schröder* als Außenminister, wo die ersten Kontakte zu Ostblockstaaten geknüpft wurden; […] Und erst diese Politik – habe ich hinzugefügt im übrigen – machte das möglich, was am 12. März geschehen ist, nämlich die Verbesserung der Polenvereinbarungen und dann die einstimmige Abstimmung im Deutschen Bundesrat. Und mit dieser Abstimmung hat die Normalisierung dann ihren eigentlichen Fortschritt machen können, und als Teil dieser Entwicklung bin ich i. ü. nach Polen gereist.« Vgl. ACDP, 08-001-1048-1. [↑](#footnote-ref-10)
11. Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst *Albrecht* stand seit Februar 1976 einer CDU-Minderheitsregierung vor. Vgl. Europa-Archiv 1976, Z 39. [↑](#footnote-ref-11)
12. Der SPD-Vorsitzende Willy *Brandt* wurde auf dem 13. Kongress der Sozialistischen Internationale, der vom 26. bis 28. November 1976 in Genf stattfand, zum neuen Präsidenten gewählt. Vgl. Europa-Archiv 1976, Z 223 f. [↑](#footnote-ref-12)
13. Zur Rede des CSU-Vorsitzenden *Strauß* vor dem Landesausschuss der Jungen Union Bayern in der Hauptverwaltung des Wienerwald-Konzerns in München am 24. November 1976 vgl. Anhang D. [↑](#footnote-ref-13)
14. Bayerischer Staatsminister des Innern. [↑](#footnote-ref-14)
15. Innenminister *Merk* schied am 31. Mai 1977 aus der Bayerischen Staatsregierung aus und wurde Präsident des Bayerischen Sparkassen- und Giroverbandes. [↑](#footnote-ref-15)
16. Vgl. dazu den »Brief aus Bonn« vom 20. Dezember 1976; ACSP, NL Jaeger P: 63. [↑](#footnote-ref-16)
17. Zur Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 13. Dezember 1976 vgl. ACDP, 08-001-1048/1. [↑](#footnote-ref-17)
18. Zur Aussprache über die Erklärung der Bundesregierung am 17. Dezember 1976 vgl. BT Plenarprotokoll 08/6, S. 55–123. [↑](#footnote-ref-18)